

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Carolina Trautner

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Roland Magerl

Abg. Andreas Hanna-Krahl

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Anton Rittel

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und

Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Pakt für Kindergesundheit: Kindergesundheit immer mitdenken,

Verhältnisprävention stärken, medizinische Versorgung verbessern

(Drs. 19/7286)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Kollegin Carolina Trautner für die CSU-Fraktion das Wort. – Bitte schön.

Carolina Trautner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb ist es unser aller Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sie gesund und geschützt aufwachsen können sowie gefördert und unterstützt werden, damit sie zu verantwortungsbewussten, eigenständigen, gut gebildeten und gesunden Erwachsenen heranwachsen können. Es ist daher richtig und wichtig, dass sich Ärzte, Krankenkassen und Politik gemeinsam dieser zentralen gesamtgesellschaftlichen Aufgabe bewusst angenommen und dies im kürzlich beschlossenen Pakt für Kindergesundheit auf Bundesebene deutlich gemacht haben. Dies gilt es natürlich auch im Freistaat mit Leben zu füllen. Kindergesundheit ist ein essenzielles Thema, das oberste Priorität haben muss.

Garant für eine gute gesundheitliche Versorgung sind unsere Kinder- und Jugendärzte. Sie sind die Hausärzte für diese Altersgruppe und können und sollen mit ihrer Expertise als wichtige und kompetente Lotsen im Gesundheitssystem wirken. Toll, dass die Kinder- und Jugendärzte ab 1. Oktober auch die Heranwachsenden bis

21 Jahre mitbehandeln dürfen. Das ist für viele ein wichtiger Schritt. Weil sie die Hausärzte, die ersten Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche sind, müssen die Kinder- und Jugendmediziner auch als solche wahrgenommen werden und unter gleichen Rahmenbedingungen arbeiten können wie die Hausärzte. Das gilt sowohl für die Bedarfsplanung als auch für die Einbindung in die Landarztquote.

Besonders wichtig für die Nachwuchsgewinnung ist auch die Gleichbehandlung mit den Hausärzten hinsichtlich der Weiterbildungsassistenten; denn diesbezüglich sind Kinder- und Jugendärzte als Gruppe den Fachärzten zugeordnet, was die Zahl der möglichen Assistenten limitieren kann, weil der fachärztliche Topf schlichtweg zu klein ist. Eine Zuordnung zu den Hausärzten wäre dringend notwendig und würde den Kinder- und Jugendärzten sehr weiterhelfen.

Natürlich braucht es außerdem eine bedarfsgerechte Anpassung der Gebührenordnung für Ärzte auf Bundesebene. Das gilt für alle. Aber natürlich muss es für junge Pädiater auch attraktiv sein, sich neu niederzulassen. Diesen Nachwuchs brauchen wir ganz dringend. Die sogenannte sprechende Medizin muss unbedingt höher bewertet werden.

Nun wurde auf dem Deutschen Ärztetag in Leipzig beschlossen, den Entwurf einer neuen GOÄ, die mit der PKV konsentiert ist, der Bundesgesundheitsministerin vorzulegen. Dadurch können wir hoffen, dass dieses Thema nun endlich vorankommt.

Selbstredend gilt es auch, die Kinder und Jugendlichen mitzunehmen, die dieses Thema zuvorderst betrifft. Sie müssen nicht nur überall mitgedacht und berücksichtigt, sondern auch beteiligt und in ihrer Gesundheitskompetenz gestärkt werden. Gesunde Kinder sind besser für die Herausforderungen im Leben gewappnet, sie sind resilienter, besser integriert und auch leistungsfähiger. Das gilt sowohl für die physische als auch – das ist besonders wichtig, das wissen wir nicht erst seit Corona – für die psychische Gesundheit.

Ich bin unserer Staatsministerin Judith Gerlach sehr dankbar, dass ihr und ihrem Haus das Thema Prävention so wichtig ist. Wir sind gespannt auf den Präventionsplan, der wichtige Impulse setzen wird. Davon bin ich felsenfest überzeugt. Man kann nicht früh genug mit einem gesunden Lebensstil beginnen. Das fängt bei der ausreichenden Bewegung an und geht weiter zu einer gesunden und ausgewogenen Ernährung, die nicht zu süß, nicht zu fett und nicht zu ballaststoffarm sein darf. Leider verzeichnen Kinderärzte eine Zunahme übergewichtiger Kinder in ihren Praxen, die dadurch auch ein erhöhtes Risiko haben, beispielsweise an Diabetes zu erkranken. Der Landesgesundheitsrat hat sich mit dieser Thematik ebenfalls auseinandergesetzt und eine Resolution mit Empfehlungen verfasst, die durchaus lesenswert ist.

Selbstverständlich muss auch die Suchtprävention eine bedeutendere Rolle einnehmen. Alkohol, Tabak und Drogen – ja, auch Cannabis – sind stark gesundheitsgefährdend. Digitale Medien, Videoplattformen, Messenger-Dienste und Social Media, die übermäßig genutzt werden, machen ebenfalls psychisch oder physisch krank oder können in die soziale Isolation führen. Deshalb gilt es auch hier, intensiver aufzuklären und die Medienkompetenz zu stärken.

Erfolgreich umsetzen lässt sich das Ganze natürlich nur, wenn alle Akteure zusammenarbeiten und an einem Strang ziehen. Dazu muss die Vernetzung von Kitas, Schulen, Jugendhilfe, medizinischem Fachpersonal und medizinischen Einrichtungen mit den Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern ausgebaut werden. Ein bayerischer Kindergesundheitsgipfel könnte hier wichtige Impulse setzen und in alle Regionen des Freistaats hineinwirken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gut wäre auch die Einbeziehung der Kinderkommission, die mit Kollegin Melanie Huml eine ausgewiesene Fachfrau als Vorsitzende hat.

Auch Verbände und Institutionen können ihre Praxiserfahrung einbringen und mit-helfen, weitere geeignete Handlungsempfehlungen auf den Weg zu bringen. Kinder-

gesundheit geht uns alle an. Nicht nur jedes einzelne Kind und jeder einzelne Jugendliche ist uns wichtig; gesunde Kinder sind die Voraussetzung für ein starkes Fundament, auf dem unsere Gesellschaft eine gelingende Zukunft gestalten und aufbauen kann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Roland Magerl für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag klingt zunächst sehr vielversprechend. Es sind wirklich gute Ansätze dabei. Selbstverständlich wünscht sich jede Fraktion in diesem Haus, dass Kinder gesund aufwachsen, dass Prävention gestärkt und die medizinische Versorgung verbessert wird. Auch ich, Vater von drei Kindern, sage Ihnen offen: Die Gesundheit meiner Kinder ist mir heilig. Doch ein genauer Blick offenbart: Der Antrag ist weniger Zukunftsplanung als doch vielmehr Symbolpolitik, pünktlich wenige Monate vor der Kommunalwahl. Was als ambitionierte Vision verkauft wird, entpuppt sich als Neuauflage überholter Wahlversprechen. Wir erleben seit Jahren Kürzungen beim Familiengeld und Umwidmungen bestehender Mittel. Kolleginnen und Kollegen, Glaubwürdigkeit sieht anders aus.

Hinzu kommt: Die Staatsregierung legt einen Aktionsplan vor, ohne einen konkreten Finanzierungsplan, inmitten einer angespannten Haushaltslage und unter dem Druck der Schuldenbremse. Schon jetzt wird bei Familienunterstützung gespart. Wie sollen neue, millionenschwere Programme dann realistisch finanziert werden? – Diese Frage bleibt leider unbeantwortet.

Dabei sprechen die nackten Zahlen eine eigene Sprache: Bayern verfügt aktuell über 37 kinder- und jugendpsychiatrische Einrichtungen. Gleichzeitig wächst aber der Be-

darf rasant. Allein im letzten Quartal wurden 36.000 Kinder und Jugendliche in Bayern ambulant psychotherapeutisch betreut, und 54.000 von ihnen suchten Hilfe bei einem Kinder- und Jugendpsychiater. Fast drei Viertel litten unter emotionalen und Verhaltensstörungen, die typischerweise schon in Kindheit und Jugend beginnen. Dazu kommen Entwicklungsstörungen und psychische Belastungsreaktionen, deren Zahl in den letzten Jahren deutlich angestiegen ist. 2023 haben in Bayern 217 Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren einen Suizidversuch unternommen. 23 davon endeten leider tödlich. Diese Zahlen sind ein drastischer Anstieg gegenüber dem Jahr 2019 mit 117 Jugendlichen. Auch diese waren schon zu viel. Es sind vor allem Mädchen.

Hinter diesen Zahlen verbergen sich tragische Schicksale und ein dramatisches Versäumnis, psychische Gesundheit endlich zur echten politischen Priorität zu machen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen – Lotsenärzte, Präventionsnetzwerke, zusätzliche Programme – wirken fortschrittlich, führen jedoch in der Praxis zu mehr Bürokratie und staatlicher Einmischung. Dabei sind die Herausforderungen eigentlich glasklar:

Laut der MoMo-Studie erreichen über 62 % der Grundschulkinder nicht die empfohlene tägliche Bewegungszeit. 74 % überschreiten die maximal empfohlenen Bildschirmzeiten. Besonders betroffen sind Kinder aus einkommensschwachen Familien und städtischen Wohnsituationen. Oft fehlen sichere Bewegungsräume oder bezahlbare Freizeitangebote.

Die Pandemie hat diese Entwicklungen verschärft. Der Medienkonsum steigt, Übergewicht nimmt zu, und psychische Belastungen wachsen. Das bestätigen alle Studien. Hier müssen die politischen Fehler der Corona-Zeit endlich offen aufgearbeitet werden. Schulschließungen, Isolation, ein eklatanter Anstieg psychischer Erkrankungen waren eben kein Zufall, sondern direkte Folge politischer Entscheidungen. Statt Vertuschung brauchen wir eine schonungslose Bilanz.

Ein besonders tragischer Aspekt, der uns alle erschüttert hat, ist das Thema Mobbing an Schulen. Der Amoklauf eines Jugendlichen in Graz vor wenigen Wochen

hat auf schmerzliche Weise sichtbar gemacht, welche zerstörerische Kraft jahrelange Ausgrenzung, psychischer Druck und eben fehlende Hilfsangebote entfalten können. Auch wenn die Ermittlungen zum Tatmotiv andauern, ist die Debatte mehr als berechtigt. Mobbing kann tödlich enden. Es zerstört den Selbstwert, fördert Depressionen, Rückzug und mediale Flucht. Wer über Kindergesundheit redet, darf Mobbing eben nicht ignorieren.

Zum Schluss: Die Integration ideologisch aufgeladener Großthemen wie Klimawandel in Gesundheitspapiere wirkt wie ein Versuch, politische Agenda in die Klassenzimmer zu tragen. Gesundheitsprävention darf kein Instrument für ideologische Indoktrination sein. Sie muss sich konzentrieren auf Bewegung, Medienkompetenz, gesunde Lebensführung und auf Teilhabe.

Unsere Forderungen sind: echte passgenaue Prävention vor Ort, besonders für benachteiligte Kinder, mehr Freiräume, weniger Bürokratie für Schulen und Kommunen, Stärkung und Entlastung der Familie, ehrliche Aufarbeitung politischer Fehler, Förderung innovativer, wissenschaftlich erprobter Praxiskonzepte statt wahlkampforientierter Symbolmaßnahmen. Deshalb werden wir uns bei dem Antrag enthalten.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Kollege Andreas Hanna-Krahl.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eine kleine Replik auf meinen Vorredner: Herr Magerl, mein Gott, was würde ich mir das wünschen, dass wir es schaffen, dass die Kinder nicht den Schund anschauen, den Sie ins Internet stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Aber stellen wir uns vielleicht etwas anderes vor. Stellen wir uns vor, eine alleinerziehende Mutter in Deggendorf ruft verzweifelt mehr als ein Dutzend Praxen an, weil ihr zehnjähriger Sohn seit Wochen nicht mehr zur Schule geht. Das Kind hat Angststörungen, verweigert komplett, aus dem Haus zu gehen, weint jede Nacht. Den ersten freien Therapieplatz gibt es Ende Oktober, nach über 100 Tagen Wartezeit. Kinder warten aber nicht. Ihre Entwicklung kennt keine Pausentaste.

Genau in diesem Moment, meine Damen und Herren, legen uns die Regierungsfraktionen aus CSU und FREIEN WÄHLERN einen Antrag vor, der den sogenannten Pakt für Kindergesundheit – Klammer auf: den das Parlament nur aus der Presse kennt, Klammer zu – im Rahmen von vorhandenen Stellen und Mitteln umsetzen will. Übersetzt heißt das: kein zusätzliches Personal, kein zusätzliches Geld, aber ein Berg voller leerer Versprechen.

Schauen wir der Realität ins Auge: Kinderärzte in München berichten, dass sie an einem Vormittag über 60 Kinder behandeln. Zeit für ein Gespräch mit den Eltern? – Vielleicht zwei Minuten. Die stationären Kapazitäten in den Kinderkliniken wurden allein von 1991 bis heute bundesweit um fast ein Drittel weniger. Gleichzeitig müssen Kinder und Jugendliche in Bayern im Durchschnitt dreieinhalb Monate auf eine dringend notwendige Psychotherapie warten. Wer wirklich ernsthaft behauptet, dass man diese Situation ohne zusätzliches Personal und ohne zusätzliche Mittel lösen kann, der verweigert sich schlicht der Realität.

Sie fordern in Ihrem Antrag, Verhältnisprävention zu stärken. Gleichwohl war es die CSU, die im Rahmen der Bundesratssitzung die Verhältnisprävention abgelehnt hat, aber okay. Verhältnisprävention klingt großartig, klingt visionär. Was bedeutet das konkret? – Das bedeutet gesundes Mittagessen in den Schulen; das bedeutet Schwimmkurse für alle; das bedeutet sichere Radwege; das bedeutet Suchtprävention in den Jugendzentren.

Meine Damen und Herren, all das gibt es nicht umsonst. Dieser Antrag wirkt auf uns ehrlicherweise wie ein Feuerlöscher ohne Löschmittel. Er glänzt wunderbar schön an der Wand, aber im Notfall wird sich dadurch nichts ändern.

Dann sprechen Sie noch von der GOÄ-Reform in Berlin, um Kinder- und Jugendärzte besser zu vergüten. Schön, das ist absolut richtig. Aber meines Wissens sind wir in München und zuständig für den Freistaat Bayern und nicht für die gesamte Bundesrepublik. Was wir in Bayern heute beschließen könnten, wäre aber etwas anderes. Wir könnten zusätzliche Weiterbildungsstellen für Pädiatrie und Kinder- und Jugendpsychiater und -psychiaterinnen beschließen. Wir könnten eine Alternative zur Landarzt- und Kinderarztquote beschließen, die im ländlichen Raum wirklich ankommt. Wir könnten heute beschließen, dass wir eine finanzierte Hospitationspflicht in den Kinderkliniken einführen, damit junge Ärztinnen und Ärzte auch wirklich praktische Erfahrungen sammeln können. Wir könnten heute sogar beschließen, dass wir im Rahmen der notarztärztlichen Ausbildung ein Curriculum einführen, das pädiatrische Notfälle enthält.

Meine Damen und Herren, wir brauchen keine neuen Überschriften. Wir brauchen einen ganz konkreten Handlungsplan. Dass wir die Überschriften, die Sie heute formuliert haben, nicht negieren können, zeigt sich dadurch, dass wir heute auch zustimmen werden.

Aber ganz ehrlich, meine Damen und Herren: Da ist ganz, ganz viel Luft nach oben. Ich erwarte eine deutliche Steigerung im Rahmen der nächsten Haushaltsverhandlungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Waldmann für die SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen hier im Hohen Haus! Die Gesundheit unserer Kinder ist uns natürlich eines der wichtigsten Anliegen, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die wir haben. Das müssen wir immer im Blick haben. Da hilft auch ein solcher Pakt, wie er auf Bundesebene beschlossen wurde. Wer will denn da dagegen sein? Auch wir als SPD werden das unterstützen.

Wir müssen aber schon einige kritische Hinweise geben, weil dazu eben mehr als das gehört, was uns jetzt in diesem Antrag vorgelegt wurde.

Das Wichtigste zuerst – das ist gerade schon genannt worden: Am meisten würde es den Kindern wohl helfen, wenn ihre medizinische Versorgung wirklich immer und zuverlässig klappt, wenn nicht Kinderarztpraxen fehlen würden und Kinderkliniken und Kinderstationen, die wir absolut und dringend brauchen, nicht leerstehen würden, weil das Personal fehlt. Das ist leider auch Realität in Bayern. Kranke Kinder müssen leider immer wieder abgewiesen oder weit weg verlegt werden.

Ich muss daran erinnern, dass wir hier im Hohen Haus schon heftige Diskussionen hatten, weil die Regierungsseite erklärt hat, dass es bei der medizinischen Versorgung von Kindern in Bayern überhaupt keine Probleme gäbe. Umso besser, wenn wir jetzt vom Schönreden wegkommen und uns in Bayern an diesem bundesweiten Pakt beteiligen.

Sie beschränken sich in diesem Antrag aber auf allgemeine Appelle und Dinge, die hauptsächlich auf Bundesebene zu regeln sind, und Sie lassen eben doch einige ganz wesentliche Aspekte des Paktes weg. Dazu gehört der faire Zugang zur frühen Bildung, Schutz vor Klimawandel, vor allem auch aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am Gesundheitssystem und Schulen und Kitas als Ort der Gesundheitsförderung.

In diesem Pakt, den Sie unterzeichnet haben, wird zum Beispiel ganz besonders das Impfen als Grundpfeiler einer nachhaltigen Krankheitsprävention hervorgehoben. Gleichzeitig legen Sie dem Hohen Haus ein Modernisierungsgesetz vor, in dem Sie

allen Ernstes und eigentlich auch ohne Not die Impfberatung und Erhebungen zu Impfraten in allen Schulen in den 6. Jahrgangsstufen abschaffen wollen. Das passt nicht zusammen. Da sollten Ihre Worte und Ihre Taten schon übereinstimmen.

Das gilt auch für den Zusammenhang der Bedeutung von Bewegung und der möglichen Diskussion, dass in den Grundschulen Sportstunden wegfallen könnten. Darauf müssen wir an dieser Stelle unbedingt achten.

(Beifall bei der SPD)

Explizit steht in diesem Pakt ja auch, dass sich die Kinderkommissionen der Länder mit den Inhalten dieses Paktes befassen sollen. Das umgehen Sie jetzt aber mit diesem Antrag und ziehen das von der KiKo, die wir auch hier im Landtag haben, weg und hin zur Regierung, aber nur Teile dieses Paktes.

Wir als SPD wollen diesen Pakt für Kindergesundheit so, wie er gegründet wurde, und so, wie er von führenden Expertinnen und Experten formuliert und unterzeichnet wurde, in allen Punkten unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Und nun spricht der Kollege Anton Rittel für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Präsidentin, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorab ist zu sagen: Wir stimmen dem Antrag zum Pakt für Kindergesundheit zu.

Ich erinnere daran: Wir, die FREIEN WÄHLER und die CSU, haben schon einen Antrag gestellt, mit dem die kinder- und jugendärztliche Versorgung in Bayern verbessert werden soll. Er ist am 27. Februar dieses Jahres vom Landtag beschlossen worden.

In diesem Kontext ist es für mich selbstverständlich, auch den heute vorliegenden Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER zu befürworten, damit Kinder immer mit-

gedacht und Gesundheitsbeteiligung und die Kompetenzen auf allen Ebenen gestärkt werden und somit die medizinische Versorgung weiter verbessert wird.

Kinder- und Jugendärzte sollen Lotsen im Gesundheitssystem werden. Sie sind die Hausärzte der Jugendlichen und der jungen Erwachsenen.

Wir sollten uns auch bewusst werden, dass bereits in fünf Jahren mindestens die Hälfte der Kinder einer übermäßigen Krankheitslast ausgesetzt sein wird. Insoweit kommen wir den Forderungen des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte nach, die Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu verbessern.

Zu befürworten ist außerdem ein bayerischer Kindergesundheitsgipfel, der Institutionen, Verbände und die Kinderkommission des Landtags zusammenführt, um den Pakt für Kindergesundheit in Bayern mit Leben zu erfüllen.

Nicht zuletzt müssen die Verträge für hausärztliche Versorgung auf die Kinder- und Jugendmedizin ausgeweitet sowie die Vergütung durch eine angepasste Gebührenordnung für Ärzte verbessert werden.

Zu dem Dringlichkeitsantrag der Bayernkoalition bitte ich zum Wohle der Kinder um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/7286 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU. Gegenstimmen? – Enthaltungen! – Das ist die Fraktion der AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.